



Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Chance auf Asyl

Von Artem Klyga

Seit 2018, bevor ich aus Russland nach Deutschland gekommen bin, habe ich als Jurist im Bereich Militärrecht gearbeitet. Es war dort möglich, dass Jurist*innen in lokalen Einberufungskommissionen arbeiten. In dieser Zeit wurde mir bewusst, wie viele Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren kaum etwas über ihre Rechte in Bezug auf die Wehrpflicht wissen. Vielen war nicht klar, wie die russische Armee funktioniert und was sie in diesem einen Jahr Dienst erwartet.

Zwischen 2020 und 2022 war ich Jurist in einem Moskauer Bezirk und habe mit unseren unabhängigen Abgeordneten zusammengearbeitet. Wir hatten die Möglichkeit, Informationen, Materialien und Leitfäden an lokale Zeitungen zu schicken und viele Männer kostenlos zu beraten. Wir haben mehr als 30 Männern geholfen, nicht nur in der Kommission: Als Vertreter der Militärkommission konnte ich auch vor Gericht gehen und alle Fälle einreichen und dokumentieren.

Das war eine gute Zeit. Aber nach der Mobilmachung 2022 stand ich vor der Entscheidung, ob ich in Russland bleibe oder weggehe. Im September 2022 bin ich nach Usbekistan geflogen. Ich dachte: nur für drei Monate. Jetzt bin ich schon mehr als drei Jahre weg. In Deutschland lebe ich seit 2023. Die damalige Bundesregierung hat ein Aufnahmeprogramm geschaffen, und ich wurde aufgenommen. Zusammen mit ungefähr 1700 anderen Russinnen und Russen erhielt ich internationalen Schutz. Leider hat die neue Regierung unter Friedrich Merz dieses Aufnahmeprogramm beendet.

Ich bin sehr froh, dass ich im März 2025 zu Connection e.V. gekommen bin. Rudi Friedrich, der ehemalige Direktor, suchte jemanden aus Russland, Belarus oder der Ukraine für die Koordination der vielen Anfragen. Bei Connection e.V. kommen jeden Tag fünf bis acht neue Anfragen aus Russland, der Ukraine und Belarus herein. Für das kleine Team war das sehr schwer zu

schaffen, darum wurde ich eingestellt. Wir unterstützen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, machen Lobbyarbeit und koordinieren uns mit internationalen Initiativen. Connection e.V. arbeitet international und nicht nur mit Fällen aus Russland und der Ukraine, sondern z.B. auch aus Israel, aus der Türkei, aus Kolumbien. Wir sprechen über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weltweit.

Die pazifistische Idee erscheint heute in einer großen Krise. Ich sehe das an vielen Beispielen, wo Sicherheit und Wehrpflicht diskutiert werden. Gestern im Zug von Berlin nach Prag saß ein Mann neben mir, der gefragt hat, ob der Brief, den ich öffnete, von der Bundeswehr ist und ob ich dort Dienst leisten will. Das ist eine komische Frage für mich, einen Kriegsdienstverweigerer aus Russland. Aber es zeigt, wie präsent die Diskussion über Wehrpflicht in Deutschland ist. Sie machen Werbeflyer und haben die Idee eine Lotterie einzuführen. Auch gibt es eine enorme Infor-

mationsmobilisierung, nicht nur in den Nachrichten, sondern auch in sozialen Medien, wie Instagram oder TikTok... Die Beiträge sind oft positiv und zeigen romantisierte Vorstellungen der Armee.

Connection e.V. unterstützt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure besonders dabei, wie sie ihren Aufenthalt rechtlich absichern. 2022 gab es ein paar politische Willensbekundungen, russischen Verweigerern Asyl zu geben:

Charles Michel vor der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (6. April 2022):

„Und ich habe nur eine Botschaft an die russischen Soldaten auf dem Schlachtfeld: Wenn ihr nicht daran teilhaben wollt, eure ukrainischen Brüder und Schwestern zu töten, wenn ihr nicht die Absicht habt, Verbrecher zu werden, dann legt eure Waffen nieder, hört auf zu kämpfen und verlasst das Schlachtfeld.

Ich weiß, sehr geehrte Abgeordnete, dass einige von Ihnen vorge schlagen haben, jenen russischen Soldaten Asyl zu gewähren, die sich russischen Befehlen widersetzen. Meines Erachtens ist das ein wertvoller Vorschlag, der weiterverfolgt werden sollte. Jetzt müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, damit diese Gräueltaten ein Ende finden. Wir verschärfen unsere Sanktionen, um den Druck auf den Kreml auf einem maximalen Niveau zu halten.“

Auch rief ein Bündnis von 60 Anti-kriegsinitiativen (darunter das Stop Army Movement, s. S. 4) dazu auf, Mechanismen wie z.B. Aufnahmeprogramme für Kriegsdienstverweigerer zu schaffen. In den Jahren 2023 und 2024 hatte ich dann viele Treffen mit deutschen Vertreter*innen, vor allem im Bundestag und im auswärtigen Amt. Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd: Nur 349 von 6.374 russischen Männern im Alter von 18 bis 45 Jahren, die zwischen Anfang 2022 und April 2025 Asyl

beantragt haben, erhielten auch Schutz. Dazu zählen sowohl Flüchtlingsstatus, Asyl wie auch Abschiebungsschutz, nicht alle dieser Antragsteller gelten offiziell als Kriegsdienstverweigerer.

Ich sehe das Problem, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Moment nur ein deklaratives Recht ist. Der UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtslage in Russland verweist darauf, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte thematisiert es in seinen Urteilen, Menschenrechtsorganisationen und nationale Gerichte sprechen darüber, und z.B. die Kirche in Deutschland unterstützt Kriegsdienstverweigerer durch Kirchenasyl, aber nicht unbedingt die Staaten!

Das ist ein sehr auffälliger Unterschied, wenn man vergleicht, was im Radio oder im Fernsehen gebracht wird – was man sich anschauen sollte, wenn man gerne Angst bekommen möchte – und was das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Deutschland in seinen Bescheiden schreibt, wo sie Russland plötzlich ganz anders, sehr gemäßigt, darstellen und auch russische Propagandamedien als Quellen heranzieht. Während das BAMF also Anträge ablehnt, urteilen die Gerichte nicht so kategorisch, was auch mit einem neuen Verständnis durch Informationskampagnen engagierter Organisationen zu tun hat. Gerichte in Berlin und anderen Regionen haben begonnen, die Risiken für Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen und ihnen subsidiären Schutz zu gewähren. Diese Praxis ist noch nicht flächendeckend, aber wir kämpfen dafür, sie zur Regel zu machen.

Es ist jedoch schon eine große Herausforderung überhaupt in die EU zu kommen. Viele Deserteure und Kriegsdienstverweigerer haben keinen Reisepass. Sie haben keine Unterlagen und darum nur die Mög-

lichkeit nach Kasachstan, Kirgisistan oder nach Armenien zu fliegen. In Kasachstan und Kirgisistan kam es dann dazu, dass die russische Militärpolizei Leute gekidnappt hat, darum ist es nicht sicher dort zu bleiben. Von Armenien aus können Deserteure über das Internet mit uns in Verbindung treten und werden von uns beraten.

Meine Kollegen schätzen, dass ungefähr 70 % der Deserteure in Russland bleiben, 25-30 % in Armenien, Kasachstan und Kirgisistan sind und in kleineren Zahlen auch in Staaten, wo Russ*innen kein Visum brauchen, wie etwa Serbien und Montenegro. Organisationen wie Connection e.V. arbeiten auch daran, dass Reisedokumente für Deserteure in Armenien ausgestellt werden. Das ist ein schwieriger und langsamer Prozess. 2024 ist das zum ersten Mal gelungen: Frankreich hat sechs Reisepässe ausgestellt, was einzigartig ist.

Artem Klyga ist Jurist und Menschenrechtsaktivist. Er arbeitet als Fachberater für Osteuropa, bei Connection e.V.

Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung des Vortrags vom 20. Oktober 2025 in Wien, redigiert von Lucia Hämmerle mit Unterstützung von KI-Technologie.

